

NEWSLETTER - Marburger Netzwerk für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

An hoer@as-mr.de

NEWSLETTER - Marburger Netzwerk für Demokratie und gegen
Rechtsextremismus

04-2026 (1)

Newsletter 04-2026(1)

Liebe Mitglieder des Marburger Netzwerks für Demokratie und gegen Rechtsextremismus,
hier die Neuigkeiten für April.

April 2026:

- Nächstes Netzwerktreffen: 7. April, 18:00 Uhr im Roten Haus bei Arbeit und Bildung, Ernst-Giller-Straße 5
- Dienstag, 21. April 2026 19.00 - 21:30 (Einlass: 18:30 Uhr) im TTZ : Podiumsdiskussion zum Thema "AfD-Verbot oder Untergang? - Mit Konservativen im Gespräch" . Im Podium: Michel Fiedman (Publizist), Jens Seipp (CDU), Thomas Spies (SPD), Bijan Moini (Gesellschaft für Freiheitsrechte GFF). Moderation: Jutta-Anna Schroer. Eintritt: kostenlos. Veranstalter: Initiative demokratische Zukunft Marburg (IdZMR)
- Am Mittwoch, 22. April 2026 von 18.30 - 20.00 Uhr zeigt die Volkshochschule Marburg (Biegenstraße 38, 35037 Marburg) im Rahmen der Reihe " Filme - Fakes - Fakten " Ausschnitte aus der Fernsehdokumentation "Aufstieg rechts: Wie die AfD wurde, was sie ist" um der Frage nachzugehen, wie die AfD von einer eurokritischen, konservativ-bürgerlichen Partei zu einer in Teilen rechtsextremen Kraft geworden ist. Eine Anmeldung bis zum 17.05.2026 ist erforderlich: <https://www.vhs-marburg.de/aufstieg-rechts>
- Am Samstag, den 25. April 2026 findet DAS FEMINISTISCHE RATHAUS des Referats für Gleichberechtigung, Vielfalt und Antidiskriminierung mit Unterstützung der AG FEMINISMUS statt. Die Gäste können kostenfrei von 10 bis 17 Uhr an Workshops, Filmen, Gesprächsrunden und Kreativangeboten teilnehmen. Eine Anmeldung ist erforderlich bis Mittwoch, 15. April: <https://www.marburg.de/portal/meldungen/-feministisches-rathaus-inspiration-austausch-und-staerkung-900013221-23>
- Am Sonntag, 26. April 2026 , ab 18 Uhr wird in der Waggonhalle Marburg der Film „Aufstand der Jugend“ gezeigt mit anschließender Diskussionsrunde. "Aufstand der Jugend ist mehr als ein Film – er ist das künstlerische Echo einer Generation im Aufbruch. Ein visuelles Manifest. Eine politische Kampfansage. Und ein leidenschaftlicher Appell, die Stimmen jener zu hören, die alle Konsequenzen heutiger Entscheidungen in Zukunft tragen " . Provokant, poetisch und politisch zugleich, erkundet Aufstand der Jugend den Generationenkonflikt im 21. Jahrhundert .
- Am Dienstag, 28. April 2026 , von 10:00-12:30 Uhr findet in der Agentur für Arbeit Marburg (Afföllerstraße 25) die Veranstaltung „*Wege in den Beruf! Veranstaltung für Frauen mit Migrationsgeschichte*“ statt. Fragen wie "Wie finde ich den richtigen Sprachkurs oder ein Praktikum? Welche Ausbildung passt zu mir? Wer hilft mir bei der Anerkennung meines Schulabschlusses aus meinem Heimatland?" und viele weitere können bei der Informationsveranstaltung beantwortet werden. Interessierte Frauen können in kleinen Gruppen mit unterschiedlichen Beraterinnen sprechen. Es sind Dolmetscherinnen für Englisch, Arabisch, Farsi, Ukrainisch und Türkisch vor Ort. Außerdem können Termine für Einzelberatungen vereinbart werden. Es ist keine Anmeldung nötig!

Mai 2026:

Am Mittwoch, 20. Mai 2026, um 18.30 - 20.00 Uhr werden in der Volkshochschule Marburg (Biegenstraße 38, 35037 Marburg) im Rahmen der Reihe "Filme - Fakes - Fakten" Ausschnitte aus der ZDF-Dokumentation "Der Aufsteiger - Hitlers Herrschaft" gezeigt und die Wirkungsweisen seiner Propaganda untersucht. Dabei geht es um Täuschungsstrategien, politische Inszenierung und die Frage, welche dieser Mechanismen in heutiger politischer Kommunikation wiederkehren und welche Lehren sich daraus ziehen lassen. Eine Anmeldung bis zum 19.04.2026 ist erforderlich: <https://www.vhs-marburg.de/ns-propaganda>

Juni 2026:

- SAVE THE DATE Am Dienstag, 16. Juni 2026, ab 19:00 Uhr im TTZ (Technologie- und Tagungszentrum Marburg/Software-Center 3) Die Stadt Marburg hält mit Professor Thomas Weber einen Vortrag im TTZ. Weber ist mit Philipp Ruch Herausgeber des Sammelbandes „*Wenn das Gestern anklopft: Weimar und die Wiederkehr der Geschichte*“ (Verlag Herder, 2025), auf dem der Vortrag thematisch basieren wird. Im Anschluss an den Vortrag besteht die Möglichkeit zur Diskussion. Moderiert wird die Veranstaltung von Professorin Ursula Birsl, Politikwissenschaftlerin der Philipps-Universität Marburg
- 19. Juni 2026 Lutherischer Kirchhof: "Rock gegen Rechts" (Veranstalter: IdZMR) mit Lechuga, Rey&Raw, Pink Moon, Nachtaktiv u.a. Moderation: Lars Ruppel - detaillierte Informationen folgen. Die "Initiative demokratische Zukunft" (IdZMR) bittet euch um Hilfe. Konkret fehlen für das geplante Konzert, mit dem sie vor allem Jugendliche ansprechen möchte, noch ca. 3000 € für Gagen (Sarah Lesch). Die Initiative hat deshalb ein Crowdfunding-Projekt gestartet und bitte euch darum, den folgenden Link in eurem privaten Umfeld zu verbreiten und dafür zu werben: <https://www.goodcrowd.org/initiative-demokratische-zukunft-marburg>. Wer selbst spenden möchte, kann das natürlich auch tun. Möglichst mit Giro-Card bezahlen, oder direkt auf das Konto der Initiative: IBAN DE72 5139 0000 0017 3835 07.

Im Wintersemester 2026/27 startet ein weiteres Mal der berufsbegleitende Masterstudiengang „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ an der Philipps-Universität Marburg. Bewerbungen hierfür sind ab Sommer 2026 möglich. Das berufsbegleitende Studium richtet sich an Fachkräfte sowohl aus der Mobilen Beratung als auch aus angrenzenden Feldern der Beratung gegen Rechtsextremismus. Zudem steht es grundsätzlich Fachkräften offen, die einschlägige Vorerfahrungen sowohl in der Beratung als auch in der politischen Bildung oder der sozialen Arbeit im Bereich Rechtsextremismus bzw. Demokratiebildung mitbringen. Wer sich für das Studium interessiert, kann sich ab sofort informieren oder persönlich beraten lassen.

PM des Netzwerks für Demokratie und gegen Rechtsextremismus (27.03.2026)
Kommunen dürfen sich am Kampf gegen Rechtsextremismus aktiv beteiligen

Der Stadt Marburg wurde wegen ihres Engagements im Rahmen des Marburger Netzwerks für Demokratie und gegen Rechtsextremismus der Vorwurf gemacht, sie verletze das von ihr gegenüber der AfD zu beachtende Neutralitätsgebot

verleihe das von ihm gegenüber der AfD zu beachtende Neutralitätsgebot.

Demgegenüber hat der Sprecher des Netzwerks Dr. Georg D. Falk wiederholt darauf hingewiesen, dass die Stadt aus Gründen des Schutzes der Landesverfassung und des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland an einem solchen Engagement nicht gehindert ist.

Diese Auffassung wird durch eine aktuelle Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) bestätigt.

Mit Urteil vom 26. März 2026 hat das BVerwG eine Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs aufgehoben. Dieser hatte entschieden, dass die AfD von der Stadt Nürnberg den Austritt aus einer Vereinigung verlangen kann, deren Vertreter sich in der Öffentlichkeit kritisch über diese Partei äußern.

Demgegenüber betont das BVerwG, dass das Recht der kommunalen Selbstverwaltung auch die Befugnis umfasst, sich an Initiativen gegen lokalen politischen Extremismus zu beteiligen und diese zu unterstützen. Ein Anspruch auf Austritt einer Kommune aus einer „Allianz gegen Rechtsextremismus“, die sich kritisch zur AfD äußert, könne daher nur bestehen, wenn gegen die AfD gerichtete Äußerungen Dritter der Kommune nach Zielsetzung und Wirkung wie eigene Äußerungen zugerechnet werden könnten und der darin liegende mittelbare Eingriff in die Chancengleichheit der Partei nicht verfassungsrechtlich gerechtfertigt sei.

Deshalb komme es zum einen darauf an, ob die Kommune im Rahmen eines gegen Rechtsextremismus gerichteten Netzwerks lenkenden Einfluss auf ausdrücklich gegen die AfD gerichtete Aktionen nehme oder solche Aktionen gezielt unterstütze. Dieses Engagement müsse darüberhinaus geeignet sein, der AfD im politischen Wettbewerb ernsthafte Nachteile zuzufügen.

Das BVerwG betont aber weitergehend, dass selbst im Falle einer solchen Feststellung, der damit verbundene Eingriff verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein kann, wenn das kommunale Engagement als Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung gerechtfertigt ist. Insoweit müsse sich die Kommune aber auch ausdrücklich auf den von ihr bezweckten Schutz der Verfassung berufen.

Die Stadt Marburg ist danach weiterhin berechtigt, das Marburger Netzwerk für Demokratie und gegen Rechtsextremismus zu unterstützen.

Das war's für diesen Monat. Schreibt uns gerne, wo ihr euch für die Demokratie eingesetzt habt.

P.S. Für alle, die schnell Informationen erhalten, verbreiten oder diskutieren möchten, bietet der Signal-Chat "DemokratieTreff" der "Initiative demokratische Zukunft" (IdZMR) eine Möglichkeit. Anmeldung über https://signal.group/#CjQKIGBKqTq7l_IBFjfgbLzf8RYv4jtiTI24D1XiA3QrDEWgEhC0QVI27t5fKJVfu2efGPI5

Viele Grüße, Das Team von MarburgMachtDemokratie bei Arbeit und Bildung

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Team von marburgmachtdemokratie.de

Arbeit und Bildung e.V.

Krummbogen 3

35039 Marburg

Geschäftsführung: Kordula Weber

Sie erhalten diese Benachrichtigung, weil Sie diese abonniert haben. [Falls Sie diese Benachrichtigungen nicht mehr erhalten möchten, klicken Sie hier.](#)